

Wenn ich auf die Kokerei komme und die Männer dort stehen sehe, schaue ich immer in die Gesichter der Leute, und ich habe den Eindruck, sie lieben ihre Anlage. Das ist der Grund, warum wir heute hier tagen können. Sonst wäre das wohl nicht möglich. Ich war mir immer ziemlich sicher, daß es hier eine Tagung geben wird, zwar nicht wann, aber ziemlich sicher. Ich gebe auch noch eine weitere ziemlich sichere Prognose ab: Im Jahre 2015 wird der Oberbürgermeister der Stadt Dortmund, der mir gestern in einer anderen Sitzung erklärt hat, daß man ihn vermutlich mit hundert Jahren erschlagen muß, hier seinen hundertsten Geburtstag feiern. Er wird es nicht in dieser Halle tun, sondern wird wahrscheinlich im Ablöschwagen dort oben spazieren fahren. Was will ich damit deutlich machen? Solche kontroversen Dinge haben immer die gleiche Karriere. Erst gibt es eine Minderheit, die sagt: „Laßt es stehen!“, und eine Mehrheit, die sagt: „Reißt es ab!“. Dann passiert lange nichts, gottseidank. Und irgendwann wird der Geburtstag eines ganz berühmten Menschen gefeiert. Als auf der Zeche Zollern II/IV der Minister Hermann Heinemann 1988 seinen sechzigsten Geburtstag gefeiert hat, da war mir klar, daß das Projekt endgültig über den Berg ist. So wird es auch hier sein. Aber eigentlich hätten wir uns alle Vorträge sparen sollen – wir hätten den szenischen Dialog der Stadt Dortmund über Denkmalschutz hier aufführen sollen. Es gibt überhaupt nichts Interessanteres, als das Siebenergespräch zum Thema Kokerei Hansa live wieder aufzuführen. Der eingefallene Gasometer, den Frau Hassler gezeigt hat, ist ein geradezu ebennmäßiges Bauwerk gegen die Argumentation, die hier aufgezo-gen wird. Ein Gewirr von Argumenten, die in sich schon alle unlogisch sind. Nur schreibt das keiner jeweils hintereinander und führt es dann wieder auf. Das müssen wir vielleicht einmal machen.

Ich bin – ehrlich gesagt – ziemlich böse darüber, daß immer wieder geschehen kann, was da unlängst geschehen ist. Daß von einem ehrenwerten deutschen Gericht mit der Begründung, nun sei das Denkmal wirklich so zerfallen, daß es keins mehr sei, sein Abriß erlaubt wird. Und daß dies unter den Augen eines Rechtsstaates geschehen kann, halte ich schlicht für einen Skandal. Das ist ein juristischer Skandal. Und auch ein ökonomischer Skandal, der dahintersteckt. Das Unternehmen hat dieses Urteil jetzt auch deswegen bekommen, weil der Rechtsstaat bei der Verhandlung offenbar gar nicht mehr vertreten war, keine Lust mehr zum Argumentieren hat, vermute ich. Aber er will auch noch 40 Millionen ausgeben für den Abriß von schlichtem Ziegelmauerwerk mit ein paar Turbinen, ein paar Fenstern und Stahlrahmen. Wenn Herr Memmesheimer gesagt hat, im Ruhrgebiet sei viel Gutes passiert, dann kann ich dem nur beipflichten. Es ist viel Gutes passiert. Und weil wir unheimlich positiv denken, reden wir ganz wenig über das, was nicht mehr da ist und über das, was wieder aktuell gefährdet ist. Ich habe jetzt den zweiten Durchgang gemacht durch das, was in die Industriedenkmalstiftung soll, und

ich war entsetzt, warum wir uns das zumuten: Diese völlig isolierten Bildstöcke in die Gegend zu stellen, briefmarkenartig abgegrenzt, die niemandem mehr etwas sagen, außer: „Hallo, da war 'mal 'n Pütt!“, und den gesamten funktionalen städtebaulichen und räumlichen Zusammenhang glauben abreißen und abräumen zu müssen. Wenn man sich, gar nicht weit von hier, die Zeche Hardenberg anschaut, den Teil, der in die Stiftung soll, und was daneben noch alles steht, dann fragt man sich, warum das eigentlich alles weg muß. Darauf konnte keiner der Beteiligten eine irgendwie geartete plausible Antwort geben. Aber was machen wir? Wir räumen nach wie vor flächenhaft ab, und nur da, wo wir ein schlechtes Gewissen haben, stellen wir diesen berühmten Bildstock hin. Und da, wo wir viel Geld zusammenraffen können, bauen wir so durch, daß das Denkmal nicht mehr erkennbar ist und ich manchmal frage, warum man nicht gleich einen Neubau daraus gemacht hat.

Wenn man mit diesem Phänomen umgehen will – jetzt komme ich zum analytischen Teil, der erste war der beschimpfende Teil – dann muß man die ökonomischen Kräfte aufzählen, die dahinter stecken. Dafür muß man einmal aus dem Ruhrgebiet herausgehen, weil hier alles ein bißchen langsamer und verdeckter abläuft. Man muß in die neuen Bundesländer gehen. Das habe ich mir gerade drei Monate lang angetan, indem ich mitgeholfen habe, den Expo-Beitrag für das Land Sachsen-Anhalt mit vorzubereiten. Dabei sieht man, mit welcher Brutalität das da passiert. Die erste Begründung lautet, daß es ein Berggesetz gibt, und dieses Berggesetz wird nicht so ausgelegt, wie man es auch auslegen könnte, sondern es wird als reines Rekultivierungsgesetz nach dem Motto „Von dem, was früher war, darf anschließend nichts mehr sein“ verstanden. Das steht im Gesetz so nicht, es wird aber so ausgelegt. Aufbauend auf dieser rechtlichen Verpflichtung sind die bergbautreibenden Unternehmen und ihre Nachfolgeorganisationen gehalten, entsprechende Rückstellungen zu machen. Wenn sie, wie in diesem Fall die Sanierungsgesellschaften, darüber nicht verfügen, erhalten sie Mittel vom Bundesfinanzminister. Die Arbeit wird auf dieser Grundlage und im Verbund mit § 249h organisiert. Und dann läuft eine Maschine ungeahnten Ausmaßes an, die diese Rekultivierungen betreibt. Nun habe ich – bildlich gesprochen – einmal versucht, diese Maschine zu stoppen. Es gibt einen demnächst veröffentlichten Bericht eines Kuratoriums zum Expo-Beitrag des Landes Sachsen-Anhalt, in Auftrag gegeben von dem auch hier im Ruhrgebiet bekannten Minister Schucht. Obwohl wir den Staat bis an die Grenzen der Verfassung auf den Kopf gestellt haben, wollte er das auch alles so umsetzen. Das war alles kein Problem. Das einzige Problem war die kleine Bitte, ein halbes Jahr Moratorium zu machen, um mal nachdenken zu dürfen, was man aussortieren muß, und was man nicht auszusortieren braucht. Das war das einzige Kabinettsproblem. Den Staat beinahe auf den Kopf zu stellen war dagegen gar kein Prob-

lem. Und warum? Weil es uns offensichtlich nicht gelingt, für diese Heerscharen von Arbeitslosen, die mit der Rekultivierung beschäftigt sind, eine andere Arbeit zu organisieren. Das ist ein Treibriemen, den man sich gewalttätiger gar nicht vorstellen kann. Ich habe Verständnis, wenn der Denkmalpfleger eingreift, obwohl die Brikettfabrik schon halb weg ist, und sagt: „Jetzt müßt ihr aber aufhören“. Aber dann stehen 50 Menschen ohne Schaufel da. So kann man das also auch nicht machen. Man muß eine andere Arbeit vorbereiten. Das ginge natürlich, aber jetzt läuft das erst einmal so weiter wie bisher.

Es gibt große deutsche Unternehmen – die Namen brauche ich nicht zu nennen, viele davon kennen sie –, die sind auch stets auf der Suche nach Arbeit. Das nennt man Diversifizierung. Sehr phantasievoll ist man dabei nicht; mehr, als große Maschinen zu bewegen, fällt ihnen dabei nicht ein. Diese Unternehmen haben sich inzwischen in die genannten Sanierungsgesellschaften eingekauft und sind jetzt da. Glauben Sie nicht, daß die sich neue Arbeit einfallen lassen; die wollen ihre Maschinen bewegen, und diese Aufträge haben sie fest im Sack. Wenn ich das § 249h-Problem noch lösen könnte, dann muß ich mich anschließend mit diesen Unternehmen anlegen, die sich bei der Treuhand mit Absicht dort eingekauft haben. Ich spreche bewußt über die neuen Bundesländer, weil dort alles viel dramatischer ist.

Und auch wenn ich mit denen einen Konsens erreichen könnte, kommt gleich die nächste Gruppe, die dahinter steckt. Da gibt es nämlich ein ausgebufftes System von Menschen, hochtechnisch gebildet, die ihr Geld damit verdienen, daß sie Altlasten beseitigen. Das sind teure Aufträge mit hohen Honorarsätzen, und das Motto lautet: Je feiner, umso besser. Je häufiger man nachuntersuchen darf und ein weiteres Gutachten erstellen, desto besser ist das, denn dann braucht man nicht mal einen neuen Auftrag zu akquirieren, weil man auf den vorhandenen Auftrag nochmal Geld aufschlagen kann. Und spätestens an dieser Stelle frage ich mich, in welcher Art von Rechtslandschaft wir eigentlich leben. Es gibt ein Recht auf Kulturgüterschutz, und es gibt ein Recht auf Denkmalschutz, und es gibt ein Umweltrecht. Wenn ich gut gelernt habe, sind alle Rechtsmaterien gleich. Aber es gibt doch gleichere und ungleichere. Das Umweltrecht hat sich in derartigem Maße auf die Altlastenbeseitigung versteift, daß es überhaupt keinen Abwägungsspielraum mehr gibt zwischen dem Denkmalrecht und z.B. dem Naturschutzrecht. Nach einer ungeschriebenen Regel hat eine seltene Pflanze auf einer Altlast keine Chance, weil die Altlast repariert werden muß, geschweige denn, daß man das Denkmal stehen lassen könnte. Und wenn man sich anschaut, wie das eigentlich gemacht wird. Es gibt einen schönen Fall, da hat ein Unternehmen eine Mauer aufgearbeitet, hat alles schön geschreddert und vor einem Denkmal wieder eingebaut. Dann stellte man fest, daß das, was da wieder eingebaut worden war, 30 Zentimeter höher war als sinnvoll. Als man es wieder herausholte, stellte man fest, daß es ebenfalls eine Altlast war, daß also dieses aufgearbeitete Material sich zwischen Deponieklasse II und III bewegte und nun auf die Deponie mußte. Auf meine Frage, wo denn das Material herkäme, hieß es, das war doch diese bestimmte Mauer. Da meinte ich: Warum habt ihr denn die Mauer nicht stehen lassen; denn hättet ihr das Material nicht aufgearbeitet, dann müßtet ihr es jetzt auch nicht entsorgen. Es wäre, plastisch ausgedrückt, eine kleine gemauerte Deponie, wie sie da stand. Aber das war doch kein Denkmal, hieß es. Aber es war eine wunderschöne Gartenmauer.

An diesem Punkt merkt man, daß der einzige Sinn dieses ökonomischen Systems der ist, Arbeit zu beschaffen. Man muß die Altlastenentsorger daraufhin befragen, was sie eigentlich entsorgen, was sie endgültig reparieren. Denn transportieren sie mir die Altlasten bloß von A nach B – etwa von der besagten Mauer auf die Deponie Emscherbruch, dann behaupte ich immer noch, daß eine gemauerte Deponie kontrollierbarer ist als die Deponie Emscherbruch. Denn da weiß keiner genau, was alles drin ist; das ist eine Langzeitaltlast. Wenn ich dann frage, was man gegen die Grundwasserverschmutzung und die anderen Dinge macht, dann gibt es nur noch symbolisches Handeln, weil man nämlich nicht weiß, wie man mit dem Thema umgehen soll. Wer ehrlich ist, gibt zu: Es wird abgedeckt, auf Teufel komm raus. Und spätestens hier kommt es dann auch zumindest zum Konflikt mit dem Naturschutz. Leider oder zum Glück haben diese Flächen nämlich auch die Eigenschaft, eine faszinierende neue Flora zu entwickeln, die wiederum schützenswert ist. Darüber werden dann ein oder zwei Meter Boden gekippt. Ich bin immer noch bei der Analyse der ökonomischen Interessen. Es ist uns gelungen, die Bauschutt-Deponiekapazität zu verkleinern und die Deponiegebühr teuer zu machen, mit der Absicht, einen ökologischen Wirtschaftskreislauf in Gang zu setzen. Und wo ist jetzt der Ausweg? In der Abdeckung von Altlasten. Das ist inzwischen kein Kostenfaktor mehr für den, der es betreiben muß, sondern ein Gewinnfaktor, weil nämlich die Einnahmen aus der Abnahme des Bauschutts größer sind als die Kosten, die seine Aufbringung verursacht. Das heißt, es besteht ein ausgeprägtes ökonomisches Interesse, große ebene Flächen zu haben, die – gottseidank – altlastengefährdet sind, damit man dort Bauschuttdeponien unterbringen kann.

Ich beende damit meine ökonomische Analyse und frage mich, wie wir das Ganze stoppen könnten. Auf einer tieferen Ebene bin ich damit bei dem Thema „Industriegeschichte als historischer Irrweg“. Kann es sein, daß wir alle zusammen noch in der vorindustriellen Zeit leben? Wenn ich bedenke, was die Menschen lieben, dann betrachten sie immer mit Begeisterung einen historischen Stadtgrundriß, ein Wasserschloß und das letzte vorindustrielle Naturschutzgebiet. Ich habe einmal nachgerechnet, daß hier im Emscherraum exakt 0,8 Prozent der Fläche noch so aussieht. Und von da her beziehen wir unsere Schutzinstrumente und unsere Identität. Das andere ist uns reichlich unangenehm. Wenn man sieht, wo die Menschen ihre Freizeit verbringen und auch ihre Emotionalität bis hin zu ihren Zweitwohnungen liegen haben, insbesondere die Leistungsträger dieser Industriegesellschaft, dann ist das nicht die Realität, in der sie ihr Geld verdienen.

Das heißt, unsere emotionalen Bindungen sind offensichtlich gegenüber unserer ökonomischen Welt weit zurückgeblieben. Von daher wird es schwer, eine politische Kraft zu organisieren, die mit der Industriegeschichte anders umgeht, zumal wir auch ständig debattieren, ob wir mit Blick auf das Verhältnis von Arbeit und Kapital oder mit Blick auf das Verhältnis von Technik und Natur nicht große historische Fehler gemacht haben könnten. Und dann hat diese Industriegesellschaft noch die Manie, zu sagen: Das gestehen wir uns nicht ein, das machen wir alles ungeschehen. Diese Vorstellung des Weg-Machens hat vermutlich ihre tiefere Erklärung darin, daß eine Industriegesellschaft glaubt, sie könne erst alles machen und danach auch wieder ungeschehen machen. Während wir, wenigstens die, die heute hier sitzen, eher angetrieben sind, zu sagen, daß das, was geschehen ist – und das ist sozusagen das Mindestmaß,

was man von einem Denkmalpfleger verlangen kann – ein Stück Zeitgeschichte ist, ob es einem denn paßt oder nicht, ob das Lenin oder Plattenbauten oder nationalsozialistische Denkmäler oder etwas ähnliches ist.

Und das Zweite: Wir werden uns Generationen lang mit diesen Dingen auseinandersetzen müssen. Ich meine, daß es schön ist, sich damit auseinandersetzen zu dürfen. Denn einer Gesellschaft, die so wenig aufregende Aufgaben stellt, in Technik, Kultur, Ästhetik, Kunst, der würde ich gerne die Aufgabe stellen: Geht doch mal mit einer Kokerei um. Wenn ich ehrlich bin: Ich weiß noch nicht, wie das hier ausgeht. Ich meine nur, daß es ein riesiges Abenteuer ist. Aber wenn kluge Menschen an so ein Abenteuer mit großem Engagement herangehen, dann werden wir am Ende etwas haben, das wir uns im Moment noch nicht vorstellen können. Aber es wird auf jeden Fall viel größer sein als der Abriß, und ich rufe dringend dazu auf, keinen Gegensatz zu konstruieren zwischen unserer vorindu-

striellen Kultur und der Industriekultur. Die müssen gerade in Industrielandschaften nebeneinander Platz haben. Das ist der Dialog, um den von Professor Petzet in seinem Beitrag erwähnten Fall aufzugreifen, den man beim historischen Gartenreich zusammen mit dem Kraftwerk Vockerode betreiben muß. Der eigentliche Skandal ist nicht das Kraftwerk. Der eigentliche Skandal ist, daß man aus primitiven ökonomischen Erwägungen heraus ausgerechnet an dieser Stelle, weil 500 Meter daneben eine Autobahnabfahrt ist, ein Betonwerk errichten muß. Weil die VEAG glaubt, sie müsse diese fünf Mark pro Quadratmeter aus dem Bodenverkauf unbedingt einnehmen. Das ist der eigentliche Skandal. Ich kann mir gut vorstellen, daß das historische Gartenreich in Wörlitz neben einer denkmalwerten Kraftwerksanlage, die nur schön ist, und deren riesige Dachlandschaft ein neues Photovoltaik-Kraftwerk aufnimmt, ein Konsens, fast ein Meisterstück einer künftigen Kulturlandschaft ist.

*Blick vom Landschaftspark Wörlitz auf das Kraftwerk Vockerode*

